

Jakob Augstein Im Zweifel links

Monster



Im Mai 2008, bald nach Beginn der großen Krise, sagte Horst Köhler: „Jetzt muss jedem verantwortlich Denken in der Branche selbst klar geworden sein, dass sich die internationalen Finanzmärkte zu einem Monster entwickelt haben, das in die Schranken gewiesen werden muss.“ Köhler war damals Bundespräsident, zuvor war er Chef des Weltwährungsfonds gewesen. Man sollte also meinen, sein Wort habe Gewicht. Aber das hatte es nicht. Der neuerliche Absturz der Börsen erinnert daran, dass das Monster lebt.

Wozu gibt es Aktien? Attac weiß die Antwort: „Aktien müssen in erster Linie Instrumente sein, die Mittel für die Finanzierung von Produktion und Arbeitsplätzen zur Verfügung stellen.“ Es wäre schön, wenn die Kapitalismuskritiker recht hätten. Doch die Wirklichkeit sieht anders aus. Wir erleben es gerade: Wenn in China ein Sack Reis zu viel umfällt, zittert der Boden unter unseren Füßen. Das ist das Eigenleben der Finanzmärkte, die mit der Realwirtschaft nur insoweit zu tun haben, als sie eine Bedrohung darstellen.

Die Politik hat kapituliert. Längst hätte sie den Bankern und Tradern die Massenvernichtungswaffen aus den Händen schlagen müssen. Aber im Angesicht der Finanzmärkte fühlen sich unsere Politiker ohnmächtig. Es ist wie mit den Datenkonzernen und den Geheimdiensten. Das ist alles eine Nummer zu groß, zu kompliziert, zu mächtig für die Leute, denen wir unsere Stimme geben.

Die Bühne gehört den Wahrsagern. Warum kommt von China her ein Donner? Die Schulden sind schuld, raunt das „Handelsblatt“, Siegelwahrer der reinen Lehre der Austerität: „Nicht nur in China, vor allem auch in der westlichen Welt sind Schulden im Jahr acht nach Ausbruch der globalen Finanzkrise immer noch der Stoff, der Politikerträume wahr werden lässt.“ Nun aber stoße das kreditfinanzierte Wachstum an seine Grenzen.

Im Gegenteil, sagt Paul Krugman, Sparverächter und Kolumnist aus New York: Wir brauchen mehr Schulden. Das Geld ist billig. Der Staat soll es sich leihen und investieren. Und wenn der Republikaner Rand Paul jamert, zuletzt seien die USA im Jahr 1835 schuldenfrei gewesen, dann hat Krugman dafür nur Spott übrig: Im Ganzen sei man doch in den vergangenen 180 Jahren ziemlich gut gefahren.

Staunend sieht man die Gelehrten vor den Scherben des China-Crashes stehen wie die Ärzte bei „Asterix“ am Bett des Kranken: „Man muss ihn schröpfen!“ „Die Arterien brauchen Luft. Man muss ihm Luft einblasen!“ „Ihr Ignoranten, ihr! Man mischt gestoßenes Elfenbein mit Schildkröten- und Taubenblut, wenn der Kranke überlebt...“

Viel gescheiter ist es nicht, was man derzeit zu Ursachen – und Heilmitteln – des neuerlichen Infarkts im internationalen Finanzsystem hören kann. Aber wie wollen sie die Symptome verstehen, wenn sie die Krankheit leugnen? Die Krankheit ist der Kapitalismus selbst.

An dieser Stelle schreiben Jakob Augstein und Jan Fleischhauer im Wechsel.



Genscher und Andreotti 1989 in Rom

Zeitgeschichte Nato ohne Osten

Seit Jahren streiten Russland und der Westen über die Frage, ob bei den Verhandlungen zur deutschen Einheit 1990 ein Verzicht auf eine Nato-Osterweiterung zugesagt wurde. Ein bislang unbekanntes Dokument belegt nun, dass der damalige deutsche Außenminister Hans-Dietrich Genscher eine solche Zusage durchaus geben wollte. Die Historiker Heike Amos und Tim Geiger haben das Papier veröffentlicht („Die Einheit“, Verlag Vandenhoeck & Ruprecht). Es geht um einen Vermerk des Gesprächs zwischen Genscher, dem italienischen Außenminister Gianni De Michelis sowie Italiens Minister-

präsidenten Giulio Andreotti am 21. Februar 1990. Danach erklärte Genscher, es sei „von größter Bedeutung“, Moskau gegenüber „unmissverständlich klarzumachen, dass die Nato keine Kräfteverschiebung, d. h. sich nicht nach Osten ausdehnen wolle“. Dieser Aspekt sei „nicht nur im Hinblick auf das Gebiet der DDR von Bedeutung“. Auch eine Annäherung Ungarns an die Nato könne „die Lage für die SU nur noch komplizierter machen“. Genscher fürchtete damals, der sowjetische Machthaber Michail Gorbatschow würde die deutsche Einheit verhindern, sollte die Nato sich nach Osteuropa ausdehnen. Die Italiener griffen den Vorschlag nicht auf. klw

AfD Mitgliederschwund nach Luckes Abgang

Die rechtskonservative „Alternative für Deutschland“ hat nach dem Abgang ihres Mitbegründers Bernd Lucke ein Fünftel ihrer Mitglieder verloren. Von ursprünglich 21 000 AfD-Aktivisten seien nur noch etwa 16 800 übrig, heißt es in der Parteispitze. Ein Teil der Abtrünnigen dürfte zu Luckes neuer Partei „Alfa“ gewechselt sein. Die AfD-Führung hofft, dass der Mitgliederschwund nun abflaut. Es gebe bereits zahlreiche neue Beitrittsanträge, heißt es. ama

Bundeswehr 5000 weitere Berufssoldaten

Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen will die Anzahl der Berufssoldaten in der Bundeswehr um 5000 erhöhen. Dies geht aus einem internen Schreiben der Ministeriumsführung an den Verteidigungsausschuss vom 27. August hervor. Von der Leyen braucht vor allem technisch versierte Fachkräfte und möchte diese Männer und Frauen länger an die Truppe binden. Als Ausgleich soll die Anzahl der Zeitsoldaten gesenkt werden. gor